

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Killinger,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterin von den BNN

Die Kennzahlen und Eckdaten des Haushalts (HH) 2024 sind sowohl im Mitteilungsblatt auf Papier als auch elektronisch auf der Homepage nachzulesen. Deshalb möchte ich nur wenige Kennzahlen verwenden, doch zunächst auf unsere Schwerpunktthemen eingehen.

Ausbau Photovoltaik (PV)

PV-Anlagen sind besonders rentabel, wenn der produzierte Strom direkt vor Ort verbraucht wird. Der PV-Ausbau wurde im Mai 2023 der „BürgerEnergieGenossenschaft Kraichgau“ (BEG) übertragen, obwohl wir es für besser gefunden hätten uns selbst als Betreiber zu organisieren. Angesichts der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung, im Wesentlichen bedingt dadurch, dass es bisher nicht gelungen ist, einen Energieberater einzustellen, hat die CDU-Fraktion der Vergabe als zweitbeste Lösung zugestimmt. Hier stand eine schnellere Umsetzung im Vordergrund mit dem Nachteil, mittel- und langfristig erheblich weniger Einnahmen zu haben.

Wir thematisieren den PV- Ausbau nun schon zum dritten Mal im Haushaltsbericht und hoffen, dass es in 2024 hier vorangeht und die ersten Installationen realisiert werden können. Neben den kommunalen Gebäuden sollen auch Hausbesitzer mitgenommen und angeregt werden, ihr eigenes Solarpotenzial für ihre Eigenstromnutzung auf privatem Weg auszuschöpfen.

Nahwärmeversorgung und Geothermie

Die Umwelt- und Energieagentur präferiert für die Wärme- und Stromversorgung im Landkreis vorrangig die Geothermie. Im Herbst 2023 waren weitere Planungs- und Entscheidungsschritte erwartet worden. Daraus wird vorerst nichts. Es kommt zu Verzögerungen. Wir sind als Gemeinde zwar an der Projektentwicklungsgesellschaft beteiligt, aber eine grundsätzliche Entscheidung für die Geothermie ist bei der CDU-Fraktion noch nicht gefallen. Nach wie vor stehen **Sicherheitsfragen** sowie **die finanzielle Machbarkeit** im Raum, die vom gesamten Gemeinderat noch nicht erörtert und geprüft werden konnten.

Der Gemeinderat beschäftigt sich schon seit März 2022 mit dem Aufbau einer Nahwärmeversorgung für Forst. Durch die Nahwärme könnten Gebäude mit einem hohen Wärmebedarf wie z.B. die Lußhardtschule, das Rathaus, das Seniorenheim, die Astrid-Lindgren-Schule, der Kindergarten Ulrika oder auch die Jahnhalle versorgt werden. Auch private Bestandsgebäude entlang der geplanten ca. 850 m langen Wärmetrasse sollen angeschlossen und deren Eigentümer als potenzielle Abnehmer gewonnen werden. Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt, das Projekt weiter voran zu bringen, wobei bei der Betreiberfrage Bürgermeister und Gemeinderat unterschiedlicher Auffassung sind. Veranschlagt sind ca. 1,7 Mio € Investitionskosten. Gemäß Projektplan sind bis zur Inbetriebnahme 6 Jahre notwendig. Bis 2030 ist bei optimistischer Betrachtung also kein Anschluss an ein Wärmenetz zu erwarten, so dass die Hauseigentümer sich so lange selbst um

eigene dezentrale Lösungen kümmern müssen. Zumindest bei der Nahwärme hätten wir uns eine schnellere Umsetzung gewünscht.

Nahwärmekonzept und **Tiefengeothermie** sind zwei getrennte Projekte zur Wärme- und Energieversorgung. Wie und wann eine eventuelle Zusammenführung möglich sein könnte, ist noch völlig offen.

Heidensee

Viele Besucher sind im Sommer 2022 wieder auf dem Absatz umgekehrt, weil die Wasserattraktionen – Wasserrutsche, Kinderbecken, Schwimminseln - nicht von Beginn an geöffnet waren. Der Zuspruch in der Saison 2023 war nicht besser und viele Gäste wurden verärgert. Gründe: Öffnungszeiten, Rutsche nicht in Betrieb, Kiosk erfüllt die Erwartungen nicht. Für die Saison 2024 brauchen wir eine verlässliche Personalplanung. Die festgelegten Öffnungszeiten dürfen nicht variiert werden. Die Wasserattraktionen müssen funktionieren. Wir wollen einen Kiosk-Betrieb, der den Bedürfnissen der Badegäste nachkommt. Die Verwaltung wurde im September mit einer entsprechenden Umsetzung beauftragt. Wir gehen derzeit von einem Betreiberwechsel am Kiosk aus. Ebenso von der Einstellung zweier Mitarbeiter als eigenes Betriebspersonal, um die Fremdkosten zu dämpfen.

Für die Zukunft geht es darum, ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten der Deutschen Gesellschaft für Bäderwesen - insbesondere hinsichtlich Personalstärke, notwendiger Qualifikationen und Sicherheitsaspekte - zu beachten. Unsere Fraktion teilt die Meinung des gesamten Gemeinderats, die Kosten des Heidesees zu begrenzen. Den Planansatz im Haushalt in Höhe von ca. 831.000 € können wir nicht vertreten. Wir hatten uns im Verwaltungsausschuss über alle Fraktionen hinweg darauf geeinigt, für das HH-Jahr 2024 den Planansatz aus dem Jahr 2023 von ca. - 560.600 € nicht zu überschreiten. Wir stellen daher zusammen mit allen anderen Fraktionen den interfraktionellen Antrag, die aktuelle Satzung dahingehend zu ändern. Der Antrag wird nach den HH-Reden schriftlich vorgelegt.

Um den Heidensee zukunftsfähig zu organisieren, müssen wir vom Einkauf fremden Personals Abstand gewinnen und wieder eigenes Personal einstellen, das außerhalb der Badesaison multifunktional eingesetzt werden kann. Um konkurrenzfähig zu sein, sollte der See weiter mit dem Charakter eines Familienbades betrieben werden, ohne dass uns die Kosten für das Fachpersonal davon laufen. Bei einer neuen Ausrichtung ist für alle klar, dass wir neben dem Eintrittsgeld zusätzliche Einnahmen brauchen. Hierzu gibt es schon seit einigen Jahren aus der Mitte des Gemeinderats Vorschläge, beispielsweise durch den Betrieb eines Campingplatzes oder eines Wohnmobilstellplatzes für zusätzliche Einnahmen zu sorgen. Diese Vorschläge wurden bislang noch nicht eingehend geprüft. Auch der Vorschlag unserer Fraktion aus 2021 eine PV-Anlage für die Eigenstromnutzung der Verbraucher am Heidensee zu nutzen, sollte konkret ins Auge gefasst werden.

KiTa – Beiträge

Der von den Landesverbänden vorgeschlagenen Erhöhung aller Beiträge um 8,5 % hat der Gemeinderat mit den Stimmen der CDU-Fraktion eine Absage erteilt und anstatt zum 1.9.2023 eine Erhöhung von 5 % erst zum 1.1.2024 beschlossen. Damit nähern wir uns den Tarifen der Umlandgemeinden, die wie beispielsweise die Stadt Bruchsal eine Erhöhung um 8,5 % oder Bad Schönborn eine Erhöhung um 6,5% beschlossen haben. Wir werden uns weiterhin um die

Analyse der Betriebskosten kümmern, um zusätzliche Einsparpotenziale zu erkennen. Ein erster Schritt zur Dämpfung der Beiträge ist vollzogen.

Aktuell richtet sich der Beitrag nach der Anzahl der Kinder in einer Familie unter 18 Jahren. So zahlt z.B. eine Familie den günstigeren Beitrag einer Zweikindfamilie, auch wenn nur noch ein Kind in der KiTa und das andere schon in der Schule oder Ausbildung ist. Eine Alternative zur weiteren Kostendämpfung könnte sein, dass der vergünstigte Beitragssatz nur greift, wenn beide Kinder gleichzeitig in der Kita sind. Hierzu müsste das Beitragssystem geändert werden. Falls diese Ansätze nicht ausreichen, bleibt im Grunde nur noch eine Reduzierung des Betreuungsangebots. Für diesen Einschnitt gäbe es in der CDU-Fraktion wenig Sympathie.

Insgesamt darf man nicht übersehen, dass durch die tariflichen Verbesserungen der pädagogischen Fachkräfte die Bildungsarbeit in den Einrichtungen nicht nur eine Aufwertung erfahren hat, sondern damit auch erhebliche Kostensteigerungen verbunden sind. Unsere Fraktion hat sich im Gemeinderat dafür ausgesprochen, durch eine externe Kostenanalyse, fachlich fundierte und effektive Möglichkeiten zu Kostenminderungen erarbeiten zu lassen.

Verwaltungspersonal

Der permanente Anstieg der Personalkosten konnte nach unserer kritischen Betrachtung und entsprechenden mahnenden Hinweisen zunächst in der Haushaltsstrukturkommission und dann im Zusammenwirken mit Verwaltung und Gemeinderat unterbrochen werden. Doch schon in der Planung für 2023 standen wir kurz vor **6 Mio €** mit einer mittelfristigen Prognose von 6,5 Mio € in 2026. Nun sind bereits für 2024 über **7 Mio €** veranschlagt, zum einen verursacht durch 200.000 € Mehrkosten aufgrund von Tariferhöhungen. Aber auch durch Mehrausgaben für Höhergruppierungen und Stellenmehrungen im Bereich der Verwaltung in Höhe von ca. 418.000 €. Bei den gemeindlichen Kita zusätzlich in Höhe von 212.000 € und bei der Lußhardtsschule in Höhe von ca. 78.700 €. Der Stellenplan 2024 weist im Vergleich zum Stellenplan 2023 **10 Vollzeitstellen** mehr auf.

Mindestens genauso viele Sorgen bereitetet unserer Fraktion die hohe Personalfluktuation, die seit längerem festzustellen ist. Leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu anderen Behörden oder Arbeitgebern gewechselt. Nicht alle Stellen wurden gleich wieder besetzt. So blieb die Stelle einer Sachbearbeiterin beim Ordnungsamt mehrere Monate unbesetzt, mit der Folge, dass Ordnungswidrigkeiten nur eingeschränkt verfolgt werden konnten. Aber auch in der Umorganisation des Bauamts mit der Schaffung einer Stabsstelle konnten wir keine effektive Verbesserung erkennen. Der Bürgermeister ist Chef der Verwaltung und kann seine Organisation gestalten. Wenn er aber gleichzeitig nach Personal in diesem Bereich ruft, muss er sich schon bezüglich der Effizienz einer solchen Umgestaltung kritisch hinterfragen lassen. Und nicht nur das. Der bisherige Bauamtsleiter war binnen weniger Wochen plötzlich Bauamtsleiter in Kronau. Hier hätten wir erwartet, dass es eine Vollzugsfrist von 3 bis 6 Monaten gegeben hätte - ebenso, wie das auch andere Verwaltungen handhaben - damit bis zur Neubesetzung der bisherige Amtsinhaber weiter seine Arbeit hätte verrichten können. Das ist nun nicht möglich. Das Bauamt ist geschwächt. Die Stelle des Bauamtsleiters konnte bisher nicht besetzt werden.

Unterbringungsverpflichtung Geflüchteter

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, mit einem Investor in der Werner-von-Siemens Straße neben dem bereits existierenden Gebäude einen Neubau zu errichten, war vom Gemeinderat aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden. In einem gemeinsamen Papier haben alle vier Fraktionen des Gemeinderats im Juni 2023 der Verwaltung Vorschläge unterbreitet, wie wir uns die Wohnraumversorgung für Geflüchtete vorstellen. Wesentlicher Bestandteil ist die Vertragsverlängerung zur Beanspruchung der Unterkunft in der Werner-von-Siemens-Straße sowie die Nutzung privaten Wohnraums, was bislang sehr gut gelingt. Deshalb bedanken wir uns bei allen Eigentümern, die das ermöglichen. Unser Dank gilt insbesondere auch allen ehrenamtlich Tätigen und Wohltätigen, die sich in vorbildlicher Weise um die bedürftigen Menschen kümmern.

Die Nettozuwanderung bewegt sich weiterhin auf sehr hohem Niveau. Deshalb brauchen wir auch in diesem Jahr private Unterbringungsmöglichkeiten, die vonseiten der Gemeinde angemietet werden. An dieser Stelle bedanken wir uns bei der Verwaltung für ihre bisher erfolgreiche Aufgabenbewältigung und hoffen, dass es auch künftig gelingt, unsere Aufnahmeverpflichtungen zu erfüllen. Unser besonderer Dank gilt Rita Lampert als permanente Ansprechstelle und Reinhard Niederbühl als kompetenter Berater beim Thema Geflüchtete.

Neubaustrecke für die Schienengütertrasse Mannheim-Karlsruhe

Es wird eng um Forst: der geplante Ausbau der Schienengütertrasse zusammen mit einem vierspurigen Ausbau der BAB A5, die wiederbelebten Planungsüberlegungen zur Stadtbahnlinie Bruchsal-Waghäusel, die B 35a sowie die Volocopter Testflugstrecke umringen uns. Hinzu kommen Planungen für den B35-Ostast. Bürgermeister Killinger liegt richtig, wenn er von Überbündelung spricht. Eine Linienvariante - nämlich die östlich der Autobahn - können wir uns überhaupt nicht vorstellen und würde Forst hart treffen. Unser Bürgermeister engagiert sich für unsere Gemeinde im Dialogforum der Bahn und hat dort wohl auch schon entsprechend Gehör gefunden. Gut so! Letztlich wird jedes Gemeindeoberhaupt, etwa von Hambrücken oder Karlsdorf-Neuthard, nach seinem Klientel schauen und danach sein Votum und Handeln ausrichten. Mit Karl Heinz Garre haben wir darüber hinaus einen sachkundigen Bürger, der auch Zugang zum Forum und selbst Vorschläge zu alternativen Streckenführungen gemacht hat und auch dem Gemeinderat als Berater zur Verfügung steht. Wir haben die Erwartung, dass der „worst case“ - eine Trassenführung östlich der BAB – nicht Realität wird und es gelingt, deren Unsinnigkeit aufzuzeigen sowie durch vertretbare Alternativen diese Variante letztlich auszuschließen.

Zu den Eckdaten des Haushalts

1. Haushaltsrückblick 2020 bis 2023

Die zu erwartenden Ergebnisse in den HH-Jahren 2020 bis einschließlich 2022 waren besser als in den Planansätzen vorgesehen. Summarisch betrachtet kamen wir in den Jahren 2020 bis 2022 jeweils auf einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, einschließlich zu erbringender Abschreibungen. Ursächlich hierfür waren die sehr skeptische und vorsichtige Gestaltung der Planansätze sowie die nicht vollzogene Umsetzung eingeleiteter Vorhaben. So blieben allein im HH-Jahr 2022 680.000 € liegen; d.h. sie wurden nicht ausgegeben.

Dieser Trend setzte sich in 2023 fort. Auch hier gibt es im Vergleich zum Plansatz deutliche Verbesserungen im Ergebnishaushalt, der bei einem geplanten Defizit von ca. - 2 Mio € mit ca. +1,3 Mio € abschließt. Ein weiterer Trend weitet sich allerdings zum Problem aus: zurückliegende, schon länger geplante Vorhaben wurden nicht umgesetzt oder haben zeitliche Verzögerungen. Das betrifft überwiegend Vorhaben aus dem Bauamt wie z.B. den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen (Antrag der CDU-Fraktion aus 2020) oder die Dachsanierung des Bauhofs, die Umsetzung der Empfehlungen der Haushaltstrukturkommission zur Wannenstraße, weitere Planungen zur Nagoldstraße, Sanierungsmaßnahmen auf Gehwegen und Straßen oder die Umsetzung des Aufstellungsbeschlusses des Gemeinderats vom April 2022 zu einem Bauprojekt in der Carl-Benz-Straße. Aber auch in anderen Ämtern kam es bei der Aufgabenbewältigung zu Verzögerungen. So warten wir schon länger auf die Einführung einer Vergnügungssteuer. Die Stelle einer Sachbearbeiterin im Ordnungsamt war ca. 10 Monate nicht besetzt.

2. Haushalt 2024

Der aktuelle HH-Entwurf kommt im Ergebnis-HH auf ein Defizit von über 3 Mio €. Man muss nicht unbedingt ein Prophet sein, um vorherzusagen, dass dieses Defizit - wie in den HH Jahren 2020 bis 2023 auch – in dieser Größenordnung nicht eintreten wird. Zwar ist der Planansatz in der Gewerbesteuer nicht mehr so zurückhaltend taxiert und grundsätzlich eine nicht zu beherrschende Variable. Andererseits kann man erwarten, dass nicht alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden können, die Personalkosten unter dem Planansatz bleiben, weil nicht alle Stellen besetzt werden und auch der Heidesee mit dem Planansatz von über 831.000 € nicht zur Wirkung kommt.

3. Mittelfristige Finanzplanung, Liquidität, Kredite

Die liquiden Mittel verringern sich laut Haushaltssatzung von ca. 9,8 Mio € in 2024 auf ca. 7 Mio € in 2027. Diese Entwicklung basiert allerdings auf der Planung einer Kreditaufnahme von ca. 1,5 Mio € in 2024 und weiteren Kreditaufnahmen jeweils über 3 Mio € in den Jahren 2025 bis 2027. Anders ausgedrückt: würden die Kredite nicht realisiert, wären innerhalb von drei Jahren die Rücklagen weg. Soweit zur Theorie und den Planzahlen. Wo wir tatsächlich stehen, werden wir erst realistisch einschätzen können, wenn die Jahresergebnisse ab 2020 vorliegen und die Eröffnungsbilanz erstellt worden ist.

Fazit:

Die zu erwartenden Haushaltsergebnisse der letzten vier Jahre (von 2020 bis 2023) sind durchgängig und erheblich besser als geplant. Die angesetzten Abschreibungen von jährlich ca. 1,6 Mio € konnten offensichtlich erwirtschaftet werden. Das ist zunächst einmal beruhigend. Neben den Unwägbarkeiten bei den Planansätzen verstetigt sich immer mehr das Problem des Verwaltungsvollzugs. Geplante Maßnahmen können nicht realisiert werden und geraten teilweise über Jahre in Verzug. Der Ruf nach zusätzlichen Personal ist eine der Folgen. Verwaltungsaufgaben werden bereits jetzt schon nach außen vergeben, um zu entlasten. Und auch bisher hat der Gemeinderat Stellenzuwächsen schon an verschiedenen Stellen zugestimmt. Mittel- und langfristige Projektplanungen wie das Sanierungsgebiet Schwanenstraße (Forst 2045) sind wichtig, damit wir in Zukunft gut aufgestellt sind. Sie dürfen aber nicht den Blick für die Aufgaben verstellen, die mit Mitteln im aktuellen Haushalt abgebildet sind.

Generell gilt wie bisher auch, unsere Ausgaben diszipliniert zu steuern und die Investitionen nicht zu vernachlässigen. Über allem steht das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, d.h. die Erträge sollen ausreichen, um die Aufwendungen zu decken.

Wir stimmen der Haushaltssatzung 2024 zu. Unsere Zustimmung betrifft auch die Mittelfristige Finanzplanung, sowie die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Wasserversorgung Forst sowie der Sozialstiftung Forst.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei Bürgermeister Bernd Killinger, bei Hauptamtsleiter Heimo Czink, beim Leiter des Rechnungsamts Michael Veith, bei der stellvertretenden Bauamtsleiterin Claudia Wünsch sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihr Verständnis für unsere kritischen Nachfragen aus dem Gemeinderat!

Ebenso bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Gremium - trotz punktueller Differenzen - für den überaus konstruktiven und vertrauensvollen Meinungsaustausch zum Wohl unserer Gemeinde.

Manfred Häffner, Fraktionsvorsitzender

CDU Fraktion: Monika Mohr, Matthias Sparn, Martin Böser, Rainer Wagner, Timo Obhof, Dr. Karl-Heinrich Schumacher